

**Zeitschrift:** Der neue schweizerische Republikaner  
**Herausgeber:** Escher; Usteri  
**Band:** 3 (1800-1801)

**Buchbesprechung:** Kleine Schriften

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 31.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

gen, besonders denn kein Holz besitzen, und nichtsdestoweniger, begründt auf das Gesetz vom 13. Christm. 98, das jedem die Freyheit zusichert, auf eigenem Grund und Boden zu bauen, auf jenen kleinen Stücken Land, zum Theil mitten auf offenen Feldern, zum Theil in der Nähe von Waldungen neue Häuser zu errichten vorhabens seyen, wodurch sowohl die benachbarten Feldeigentümner wegen des kleinen Wuchs, so diese Leute halten, und gegen das jede Einzäumung, wenn sie auch deren errichten wollten, nicht hinreichte, als aber da das mehrste Holz zu den Gebäuden selbst, und nachwerts zum Bedürfniß ihrer Haushaltung, von ihnen gefrevelt werden würde, die Eigentümmer der benachbarten Waldungen, mit unausbleiblichem Nachtheil bedroht werden.

Auf diese Darstellung gründet denn die Gemeinde Schötz die Bitte, daß es Ihnen B. G. gefallen möchte, mit Dringlichkeit allgemeine Baupolizeygesetze zu entwerfen, und in denselben auf diese Lage der Feid- und Waldeigentümmer Rücksicht zu nehmen.

Eure Polizeycommision, welcher Sie diese Petition zur Untersuchung übersandten, nahm vor allem aus, das Gesetz vom 13. Christm. 1798 vor die Hand, und fand darin den richtigen, jeder Polizey-Gesetzgebung zum Grunde liegenden Satz aufgestellt, daß im Staat die natürliche Freyheit des Individuumus da ihre Schranken stade, wo ihre Ausübung entweder in das Gebiet der natürlichen Freyheit des Andern eingreift, oder wo sie auf Anstalten stoßt, deren Daseyn allgemeinere Zwecke der Gesellschaft befördert. Es heißt neulich in erwehntem Gesetze: daß die Freyheit zu bauen da eingeschränkt seyn solle, wo ihre Ausübung dem Eigenthum des angrenzenden Nachbars, dem allgemeinen Wohl, oder den bestehenden Bau-Polizey-Gesetzen entgegenstreite.

Nun sind freylich die Merkmale nicht angegeben, woran da, wo keine Bau-Polizey-Gesetze existiren, erkennet werden könnte, ob ein gegebener Bau das Eigenthum des Nachbars oder der allgemeinen Sicherheit gefährde? und eben diese Unbestimmtheit ist es, welche die Petenten durch ein allgemeines Gesetz gehoben wünschen; allein Eure Commision glaubt, eine solche allgemeine Bestimmung seye durchaus unmöglich, indem das Daseyn dieser Gefahr von so mannigfaltigen und bloß örtlichen Umständen abhangt, daß keine allgemeine Merkmale desselben angegeben werden können.

Unter diesem Gesichtspunkte also glaubt eure Commis-

sion nicht, daß es der Fall sey, in die Bittschrift der Gemeinde Schötz einzutreten; allein bey näherer Erdaarung jenes Gesetzes schien eurer Commision ein wesentlicher Mangel darin zu liegen, daß einertheils bey der Voraussetzung, es könne durch einen unternommenen Bau das Eigenthum eines Dritten und die allgemeine Sicherheit benachtheiligt werden, keine Vorschrift vorhanden ist, daß und wie das Vorhaben eines solchen Baus zur allgemeinen Kenntniß gelangen soll, was doch zur Sicherheit des Bauwilligen, und um ihm vor Schaden zu seyn, wesentlich erforderlich scheint; andertheils daß eben so wenig bestimmt ist, wer über das Vorhandenseyn allfälliger gesetzlicher Hinderungsgründe entscheiden soll?

Diesem Mangel nun abzuheilen, schlägt Ihnen B. G. Eure Polizeycommision folgenden Gesetzesentwurf vor, dessen nähere Bestimmungen sich von selbst erklären:

(Die Forts. folgt.)

### Kleine Schriften.

Fortsetzung der Anzeige der Schrift: Neben die Schweiz und über die Mittel und Bedingnisse einer neuen Organisation der helvetischen Republik für die Interessen des europäischen Staatenystems.

Es erhelle — sagt der Bf. S. 55 — aus dem ersten Theile seiner Schrift nun wohl aufz' bündigte, „wie unstatthaft das Lob der alten Ordnung der Dinge, und wie unbegründet besonders der deklamatorische Ruhm von der auf edler Sitteneinfalt, und auf der Kenntniß und Erwägung der besondern Localitätserfordernisse und Eigenheiten der Schweiz und ihres Volks beruhenden Vortrefflichkeit der ehemaligen helvetischen Regierungen und ihres Herrschaftssystems gewesen sey. — — Es sey offenbar, daß alle Gebrechen des öffentlichen Geistes, welche den bisherigen politischen und ökonomischen Rückstand der helvetischen Nation, so wie den unruhmlichen Untergang ihrer Eidgenossenschaft verursacht haben, vornehmlich in der bisherigen Unvollkommenheit der Verfassung und in den Gebrechen des politischen Zustands der Schweiz gegründet gewesen sind; und daß also diese Gebrechen bey der Geistlichkeit der Schweiz, und bey der Wiederherstellung ihres ehemaligen politischen Zustandes, auch bey einer verbesserten Föderativ-Verfassung gewiß nie aufhören, sondern

einzig durch eine Staatsordnung geheilt und verändert werden können, welche die Verhältnisse vernichtet, worauf das Entstehen und die Wirksamkeit derselben bisher beruht haben. — Unwiderprechlich würde also die Einführung einer Staatsordnung, wodurch das buntstreichigt-barbarische Republikchen- und Ländlerchaos der ehemaligen helvetischen Eidgenossenschaft in einen regelmäßigen Staat umgewandelt, und wobei durch den Verein aller politischen und ökonomischen Kräfte der Schweiz, die Fortdauer ihrer Unabhängigkeit, die Fortschritte und die Vollendung ihrer Civilisation befördert und gesichert würden — die Einführung einer solchen Verfassung würde, allerdings auch dann eine ausgezeichnete politische Wohlthat für die Schweiz gewesen und geworden seyn, wenn dieselbe auch der kleinslichen Selbstsucht der bisherigen Privilegierten und Machthaber, wann sie der Herrschaftsucht, dem Eigennutz und dem rohen Stolz im Priesterkleide, und wann sie selbst dem religiösen Fanatismus oder der barbarischen Wildheit einiger Gebirgsgegenden mit Gewalt hätte aufgedrungen werden müssen.“

„Unter der Regide jener humanen und wohlthätigen Zwecke kündigte sich die Verfassung an, welche der Schweiz von dem fränkischen Direktorium angeboten und aufgedrungen wurde; und nur unter dem obengedachten Gesichtspunkt erhielt dieselbe auch die Bestimmung des kleinen Hauses achter und aufgeklärter Republikaner der Schweiz. Unwiderprechlich hätte auch diese Verfassung, ungeachtet ihrer mannigfältigen und ungeheuren Gebrechen, für Helvetien dennoch wohlthätig werden können, wenn der politische Verstand und die Humanität ihrer Urheber so weit gegangen wäre, die Einführung derselben Männern in die Hände zu legen, die fähig gewesen wären, die ungeheuren Gebrechen und Lücken des neuen Verfassungsgesetzes mit Verstand und Sachkenntniß zu verbessern... Statt dessen aber wurde die öffentliche Gewalt, durch die abschreckliche Entfernung des gebildeten Talents und aller praktischen Regierungs- und Lokalkenntnisse, dem Unverständ, der Unwissenheit, und dem jacobinischen Unsinne gefeststellt in die Hände gespielt, weil die fränkischen Commissarien von diesen die meiste Begünstigung und den geringsten Widerstand für ihre empörenden Raubplane erwarten durften. In diesem nur auf empörend niedrige und inhumane Absichten beschränkten Zweck und Unverstand der ehemaligen fränkischen Machthaber, liegt also vornemlich die wahre und erste Ursache des mannigfaltigen Unglücks der Revolution der Schweiz.“

Wenn man schon bei der Kritik der alten Regierungsmänner wahrnehmen möchte, daß der Bf. keineswegs mit dem römischen Geschichtsschreiber sagen kann: Mihi Galba, Otho, Vitellius, nec injuria, nec beneficio cogniti — so springt das nun vollends bey der Darstellung des Unverthes der neuen Regierungsmänner in die Augen.

Erst findet der Bf. (S. 69) „das vornehmste Denkmal des politisch-ökonomischen Unverständes im ganzen Lauf des 18ten Jahrhunderts“ in dem Dekret der vorigen Gesetzgebung, nach welchem die Schweiz in 90 Distrikte eingeteilt werden sollte... Wenn man auf den ersten Anblick nicht begreift, warum eben dieses Dekret als ein Non plus ultra von Unsinne aufgestellt werde? — so muß man wissen, daß es unserm Bf. beliebt hat hinzuzusezen: „diese 90 Distrikte sollten mit vollen Staats- und Gerichtsbehörden versehen werden und von einander unabhängig seyn.“ Ein Zusatz, der in dem Dekrete gar nicht vorhanden ist, und den der Bf. eben so grundlos und wahrheitswidrig dem B. Zimmermann andichtet.

Nach diesem ersten Beweise „der ausgezeichneten Unwissenheit der Mitglieder der dermaligen provisorischen Staatsgewalten in Helvetien“ kommt (S. 73) der zweyte, „der das erste und vornehmste Denkmal von Finanzunwissenheit und Unbild für das ganze 19te Jahrhundert bleiben wird:“ das neue Finanzgesetz der helveticischen Republik.

Auf diese secularischen Unthaten der neuhelvetischen Regierung, folgen alsdann die mindern Sünden, als da sind (S. 73): „das den Geist und die Grundsätze der ehemaligen Schildbürger-Aristokratie atmende Gesetz, welches die politischen Gesellschaften und collectiven Petitionen verbietet“ — (hoffentlich ist diese Stelle in der französischen Uebersetzung der Schrift, die Bonaparte lesen wird, geändert worden: das Compliment wäre nicht zum Besten angebracht) — „das ungeheure Dekret für die Anstellung von Sittengerichten“ (welches überall nicht existirt) u. s. w.

Aus all' diesem zieht der Bf. den Schluß: „Ich habe redlichen Männern einen lauten Wink gegeben, daß sie ihren Geschäften nicht gewachsen sind, und es also ihre erste Pflicht sey, ernsthafte Anstalten zum Abtritt davon zu machen.“

Was und Wer nun dagegen auftreten soll?  
(Der Beschlüß folgt.)